

Zürich, 4. Juni 2018

KR-Nr. 161/2018

A N F R A G E von Tobias Langenegger (SP, Zürich), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) und Judith Anna Stofer (AL, Zürich)

betreffend Verkauf Mehrfamilienhaus in Zürich Höngg

Seit einigen Wochen wird vom Immobilienamt des Kantons Zürich ein Mehrfamilienhaus in Zürich Höngg an der Brunnwiesenstrasse 50, 8049 Zürich, zum Kauf an den respektive die Meistbietende angeboten. Dieses Mehrfamilienhaus wurde von einer Privatperson an den Kanton Zürich vermacht.

Im Zusammenhang mit diesem Verkauf bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Glaubt der Regierungsrat, dass es im Sinne der Legatgeberin ist, wenn das Haus an den respektive die Meistbietende verkauft wird? Oder wäre es nicht vielmehr im Sinne der Legatgeberin, dass Menschen ihre Lebensträume vom selbstbewohnten Eigentum realisieren können statt reine Kapitalanlagebedürfnisse?
2. Ist dem Regierungsrat bewusst, dass bei einem Verkauf an den oder die Meistbietende Preise von rund 16'000 Franken pro Quadratmeter (inkl. Renovierungskosten) resultieren und damit selbst der obere Mittelstand vom Kauf der Immobilie ausgeschlossen wird? Findet das der Regierungsrat sinnvoll? Und welche Käuferschaft glaubt er damit anzuziehen?
3. Würde auch ein Bankkonto aus Liechtenstein als Finanzierungsnachweis akzeptiert, wie an einer Besichtigung der Immobilie gefragt wurde?
4. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass mit dem Kauf der Immobilie kein Geld gewaschen wird? Hat das Immobilienamt den Auftrag, die Herkunft des Geldes zu prüfen? Wenn nein, wieso nicht?
5. Würde der Kanton Zürich den eventuell wegen seiner Verkaufspolitik aus ihren Wohnungen Vertriebenen ein Ersatzangebot zur Verfügung stellen?
6. Die Gemeindeverfassung der Stadt Zürich verlangt, dass mindestens ein Drittel der Mietwohnungen gemeinnützig betrieben werden. Dies wurde von der Bevölkerung mit einem überwältigenden Mehr von 76% so bestimmt. Gedenkt der Regierungsrat diesen Volksentscheid zu respektieren und Hand zu bieten, dieses Ziel zu erreichen?
7. Wieso verkauft der Regierungsrat Immobilien in der Stadt Zürich nicht an die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG), deren Leistungsauftrag es ist, Immobilien in die Gemeinnützigkeit zu überführen?
8. Ist der Regierungsrat bereit, seine langjährige Praxis mit dem Verkauf an den Meistbietenden aufzugeben und mit der Stadt Zürich zu kooperieren und damit den Volkswillen der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher zu respektieren?

Tobias Langenegger
Silvia Rigoni
Judith Anna Stofer

161/2018